

Postulat Eva Gammenthaler/Tabea Rai (AL) – übernommen durch David Böhner (AL): Für ein Partizipatives Budget (PB) in der Stadt Bern; Fristverlängerung

Die Motion wurde von der Motionärin Fraktion AL am 21. September 2023 in ein Postulat umgewandelt. Mit SRB 2023-390 vom 21. September 2023 lehnte der Stadtrat die Punkte 1 und 2 als Postulat ab. Die Punkte 3 bis 7 des Postulats erkläre der Stadtrat erheblich.

In der zu Ende gehenden Legislatur hatte sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, sich am Leitmotiv einer «Stadt der Beteiligung» zu orientieren. In den zehn formulierten Zielen fanden sich gute Ansätze, die jedoch nicht weit genug gingen. Um in der Stadt Bern mehr Beteiligung zu ermöglichen, müssen konkrete Schritte gemacht werden, die der Bevölkerung mehr Mitbestimmung geben.

Lausanne hat seit 2019 einen Teil des Budgets für die Quartierbevölkerungen reserviert, 2020 waren es 150'000 Franken. In Lausanne wird das «budget participatif» in vier Phasen unterteilt: Eine Eingabephase, eine Beurteilungsphase, eine Abstimmungsphase und eine Umsetzungsphase. Alle Bewohner*innen der Stadt haben die Möglichkeit, ihre Projekte und Initiativen einzugeben. In Zürich startet aktuell ein Pilotprojekt im Stadtteil Wipkingen.

Paris hat seit 2014 5% des Gesamtetats für die Ideen der Bevölkerung reserviert – zwischen 2014 und 2020 ganze 500 Millionen Franken. Das sind bei einer Bevölkerung von 2.3 Millionen Menschen umgerechnet 36 Euro pro Bewohner*in pro Jahr. In Paris wird das Partizipative Budget auf gesamtstädtische Initiativen, die verschiedenen Bezirke, benachteiligte Nachbarschaften und Jugend und Kinder aufgeteilt. Die Gesamtbevölkerung hat die Möglichkeit, ihre favorisierten Projekte mit ihrer Stimme zu unterstützen. Es gibt analoge und digitale Abstimmungsmöglichkeiten.

Es gibt weltweit bereits viele Erfahrungen mit dem Partizipativen Budget. Auch weit grössere Städte als Bern wie Madrid (3 Millionen Einwohner*innen), Sao Bernardo do Campe (Region Sao Paolo, Brasilien, 900' 000 Einwohner*innen), New York (8 Millionen Einwohner*innen) und Chengdu (China, 15 Millionen Einwohner*innen) verfügen über relevante Partizipative Budgets.

Will Bern für die kommenden vier Jahre die Mitbestimmung der Bevölkerung stärken, kann sich die Stadt also sowohl in der Schweiz als auch in unterschiedlichen Weltregionen mit unterschiedlichen politischen und sozioökonomischen Voraussetzungen Inspiration holen.

Der Gemeinderat wird hiermit beauftragt,

1. ab 2025 5%, ab 2022 mindestens 1% des jährlichen Gesamtbudgets für Initiativen aus der Bevölkerung zu reservieren
2. ein Drittel des Partizipativen Budgets für gesamtstädtische Initiativen und Projekte, ein Drittel für Projekte und Initiativen in den Quartieren und Stadtteilen und ein Drittel für Projekte und Initiativen für benachteiligte Quartiere und Kinder und Jugendliche zu reservieren
3. gemeinsam mit der Quartierbevölkerung einen niederschweligen Ablauf für Projekteingaben und Abstimmungsverfahren zu entwerfen, um die Chancen der Partizipation in allen Bevölkerungsschichten zu erhöhen, sowie Zusammenarbeit und Begegnung zwischen den Beteiligten zu fördern
4. Kriterien festzulegen, die mit sozialer Gerechtigkeit, sozialer Kohäsion, Inklusion, Solidarität, Nachhaltigkeit, Intergenerationalismus und Empowerment vereinbar sind, anhand derer Projekte auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft werden können
5. geeignete Akteure in den Quartieren wie die Quartierkommissionen mit der Verwaltung der jeweiligen Stadtteilpartizipationsbudgets zu betrauen
6. auch bei der Umsetzung eines Anliegens die Bevölkerung zu involvieren, damit die Beteiligung von Anfang bis Ende gewährleistet ist

7. die Stadt Bern lässt sich hierbei von bereits existierenden PB-Modellen wie Lausanne oder Paris inspirieren.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Felix Graf, Christa Ammann, Tabea Rai und Eva Gammenthaler. Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der Verfasser*innen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die Urheber*innen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Quellen der Inspiration

- Angaben, Zahlen, Prozesse zum «Budget Participatif de Paris (France)»: <https://budgetparticipatif.paris.fr/bp/>
- Einführung in das Pariser Modell und ein Blick in verschiedene Modelle weltweit: https://budgetparticipatif.paris.fr/bp/plugins/download/YvesCabannes_PB_in_Paris.pdf
- «Budget Participatif» de Lausanne (Suisse) <https://www.lausanne.ch/budget-participatif/faq>
- Aktuelles Pilotprojekt in Zürich: <https://quartieridee.ch/>
- Medienmitteilung zum aktuellen Pilotprojekt in Zürich-Wipkingen: https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/ueber_das_departement/medien/medienmitteilungen/2020/sep-tember/200921b.html

Bern, 19. Oktober 2020

Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler, Tabea Rai

Mitunterzeichnende: -

Bericht des Gemeinderats

Dem Gemeinderat sind die Mitbestimmung und Partizipation der Bevölkerung sehr wichtig und es ist ihm ein Anliegen, dass die Stadtteilpartizipation den aktuellen Gegebenheiten angepasst wird. 2023 wurden erste kurzfristige Massnahmen zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Quartierorganisationen umgesetzt (u.a. die Erhöhung der jährlichen Subventionen oder die Einführung neuer Kommunikationsgefässe zwischen der Stadt und den Quartierorganisationen). Längerfristige Massnahmen werden im Rahmen des Reformprojekts, das im Jahr 2024 gestartet wurde, geprüft.

Es werden verschiedene politische Forderungen, namentlich aus dem Stadtrat, sowie die Anliegen aus den Quartierorganisationen geprüft, konkretisiert und wo sinnvoll und möglich aufgenommen. Die Stadtteilpartizipation soll verstärkt und auch auf die Kreise ausgeweitet werden, die bisher noch wenig teilhaben. Die Rahmenbedingungen und Prozesse werden überprüft und nach Möglichkeit verbessert und den Bedürfnissen und den zukünftigen Herausforderungen angepasst. Die Überprüfung erfolgt ergebnisoffen und unter Einbezug der relevanten Akteur*innen. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind die Eigenständigkeit und Mitsprachemöglichkeit der einzelnen Stadtteile sowie eine repräsentative Vertretung der Bevölkerung in der Quartierorganisationen entscheidend. Die Förderung der Diversität sowie die Klärung möglicher budgetrelevanter Rahmenbedingungen sind zentrale Arbeitspakete des Reformprojekts. Auch die Prüfung der Möglichkeiten und Rahmenbedingungen eines partizipativen Budgets – und dessen finanziellen Folgen – sind Teil des Reformprojekts.

Das Projekt startet nach Vorliegen einer ersten Auslegeordnung im Winter 2024. Bis Resultate aus dem Reformprojekt abgeleitet werden können, d.h. die verschiedenen Möglichkeiten geprüft, die

entsprechenden Rahmenbedingungen geklärt und die finanziellen Folgen abgeschätzt werden können, dauert es seine Zeit. Deshalb beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts zu den Punkten 3 bis 7 bis zum 31. August 2027.

Folgen für das Personal und Finanzen

Werden im Rahmen des Prüfungsberichts aufgezeigt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Eva Gammenthaler/Tabea Rai (AL) – übernommen durch David Böhner (AL): Für ein Partizipatives Budget (PB); Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 31. August 2027 zu.

Bern, 4. September 2024

Der Gemeinderat